

**B**ei allen politischen Debatten der vergangenen Wochen blieb ein schaler Geschmack zurück. In ganzseitigen Inseraten bedankte sich der Landeshauptmann bei den Teilnehmern des 90-Jahr-Jubiläums der Volksabstimmung für bewiesenes Verständnis, für lange Wartezeiten, unzureichende Information und fehlende Verpflegung. Und schon erklärt voreilig ein FPK-Grande, es würde auch 2020 marschiert werden. Es wäre ein Trauerspiel, würden die Gestalter keine neuen Einfälle haben. Kleine Orte führten beispielhafte Veranstaltungen durch, so etwa Treffen, das zu einem Abend „90 Jahre Volksabstimmungen in Europa“ einlud: „Wir feiern das Highlight, das kurze Aufleuchten des Selbstbestimmungsrechtes der Völker im Laufe der Geschichte bis heute und 35 Jahre Singkreis Treffen. Wir bringen Lieder, Musik, Tänze und Texte aus den Abstimmungsgebieten von 1920, Kärnten, Schleswig, Schlesien, Ostpreußen u. a. Außerdem hören Sie kurze Zusammenfassungen über Vorgeschichte und Ablauf der Abstimmungen.“

**H**inzuzufügen wäre noch, dass 1921 das Burgenland, ebenfalls nach einer Abstimmung und leider ohne Ödenburg, an Österreich fiel. Aber tausende wären zu einem Europafest auf den Neuen Platz geströmt, so gab es ab dem frühen Nachmittag eine „Abschiedssymphonie“. Allein der Österreichaspekt mit Friaul-Julisch Venetien und Slowenien hätte gereicht, den Jubiläumstag zu einem unvergesslichen Erlebnis werden zu lassen. Univ.-Prof. Dr. Stefan Karner brachte es in seiner Festrede am Vorabend des 10. Oktober in Villach auf den Punkt: „Der heute stärker sichtbare Dialogprozess zwischen Volksgruppen und der Politik ist wesentlich ein Ergebnis des von der Konsensgruppe Kärnten eingeleiteten

# Gedanken zur Zeit

Auszug

von Heinz Stritzl

Gespräch über Barrieren hinweg. Umso wichtiger wäre es, einen der wesentlichen Motoren dieses Dialoges, Josef Feldner, wieder stärker in den Prozess einzubinden. Kärnten schwächt sich sonst wieder selber.“

**D**iese Meinung wird von Bundespräsident Dr. Heinz Fischer in einem Brief an Feldner verstärkt: „Die Aktivitäten der Dialoggruppe haben zweifellos in den vergangenen Jahren einen wichtigen Beitrag zur Schaffung eines Klimas des gegenseitigen Vertrauens und auch der Aufarbeitung schmerzlicher historischer Erfahrungen und Konflikte beigetragen.“ Fischer hofft, dass sich Feldner auch weiterhin für Versöhnung, Verständigung und partnerschaftliche Zusammenarbeit im Interesse Kärntens und Österreichs einsetzen werde.

**Ä**rger verursacht hat in Kärnten die Aufforderung des WIFO-Chefs Dr. Karl Aiginger, den Bau des „Schwarz-Blauen-Gedächtnisstollens – Koralmtunnel“ einzustellen. Besser ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende, sagte der Wirtschaftsexperte. Man könne nicht nur deswegen weiterbauen, weil schon eine Milliarde ausgegeben wurde. Schon Prof. Knoflacher war gegen den Tunnel, und unlängst hieß es in einem Artikel in der Tageszeitung „Die Presse“, das Jahrhundertprojekt basiere auf einer Fiktion. Die Kosten für die Koralmbahn seien von den ursprünglich angenommenen 4,2 Milliarden auf 10 Milliarden Euro hinaufgeschnellt. Wer heute von Danzig nach Venedig fah-

ren wolle, tue dies in vier von fünf Fällen über Deutschland. Hinzu kommt, dass eine günstige Route über Warschau – Uschgorod – Steinamanger und Marburg fast schon Realität ist. Wiederholt wurde vorgeschlagen, die Trasse durch das Drautal zu modernisieren und so die Verbindung zur baltisch-adriatischen Achse herzustellen. Kleinstaatliches Denken hat bei den europäischen Verkehrsprojekten keinen Platz.

**K**ärnten hat aber auch Grund zur Freude. Zehntausende Kilometer von ihren Heimorten entfernt haben drei österreichische Techniker, darunter die Kärntner Heinrich Tiltz und Johannes Pemberger, in entscheidender Position an der Bergung der 33 eingeschlossenen Bergleute in Chile mitgewirkt. Wer die Fernsehbilder sah, konnte Tränen der Rührung kaum zurückhalten. Fast gleichzeitig ereignete sich in China ein Grubenunglück. Niemand dachte dort daran, internationale Hilfe anzufordern. 2.600 Bergleute sind in Chinas Kohlengruben in den letzten Jahren ums Leben gekommen. Ursache waren stets veraltete Bergwerke, in die Kumpel gezwungen wurden, einzufahren. Bei mehr als einer Milliarde Einwohnern zählt das Leben einiger Hundert wenig. Man lässt sie kaltblütig sterben.

**U**m die Rettung von Menschen ging es zuletzt auch im benachbarten Westungarn, wo der Damm des Auffangbeckens einer Aluminiumfabrik barst. Seit langem hatte es Hinweise auf den desolaten Zustand des Beckens gegeben, doch sei die Aufsichtsbehörde systematisch hinters Licht ge-

führt worden. Der Rotschlamm – es sollen 1,5 Millionen Kubikmeter ausgeflossen sein – hat dutzende Dörfer zerstört und tausende Hektar Ackerland überflutet. Niemand vermag zu sagen, ob sie je wieder bewohnbar oder fruchtbar sein werden.

**D**as millionenfache Elend nach der Überschwemmungskatastrophe in Pakistan ist fast vergessen und wird von neuen Hiobsnachrichten verdrängt. Wie am Welternährungstag bekanntgegeben wurde, hungern 925 Millionen Menschen, so viel wie die Bevölkerung der USA, der EU und Japans ausmacht. Diese Zahl ist etwas niedriger als im Vorjahr (2009 überstieg die Zahl der hungernden Menschen nach der Wirtschaftskrise erstmals die Milliardenengrenze), doch noch immer stirbt alle sechs Sekunden ein Kind an Unterernährung. Verschärft wird die Situation durch die politische Instabilität in vielen Ländern wie im Kongo. Die Ära der Nahrungsmittelüberschüsse ist außerdem vorbei. Bevölkerungswachstum, zunehmender Fleischkonsum und boomende Biospritproduktion haben zur weltweiten Not geführt. Bischof Krätzler kämpft einen fast aussichtslosen Kampf gegen die rücksichtslose Rodung der Tropenwälder, wodurch ganze Völkern ihren Lebensraum verlieren und das Weltklima gefährlich verändert wird.

**B**ei dieser unsicheren Weltlage richtet sich der Blick vermehrt auf die Europäische Union, die mit den USA als Schutzschild gesehen wird. 75 Prozent der europäischen Bürger haben sich nach der Schuldenkrise für ein stärkeres Europa ausgesprochen. Dabei erhofft sich die Mehrheit eine koordinierte Wirtschaftspolitik und eine verstärkte Kontrolle der Finanzbranche. Dies ergibt eine aktuelle Eurobarometer-Umfrage. Die Menschen aner-